

Zukunftsfaktor Kinder

Während die Politiker auf der Bühne über Nebensächliches streiten und sich die Bürger auf den Rängen langweilen, zerbricht am Grunde des Gebäudes das Fundament¹ – so Meinhard Miegel in einer Metapher über die Zukunft Deutschlands. Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft hat bei der Präsentation ihrer Konferenz „Zukunftsfaktor Kinder“² ein ähnliches Bild gefunden: Das Foto einer der neuen Prachtbauten der Berliner Innenstadt wurde über das Konterfei des abgewirtschafteten Gebäudes einer Kindertagesstätte aus Berlin Mitte montiert.

I. Keine Zukunft ohne Kinder

Miegels Theater und unsere Gebäude sind Sinnbilder einer Gesellschaft, die nicht wahrnimmt, dass ihr das Fundament und damit auch die Zukunft, dass ihr der Nachwuchs langsam aber sicher abhanden kommt. Sie sind Sinnbilder einer Gesellschaft, die nicht bemerkt, dass ihr schon bald die Menschen fehlen werden, die in Zukunft die Wirtschaft betreiben, die immer zahlreicher und älter werdenden Alten versorgen und die überhaupt in der Lage sein werden, die Alltagsaufgaben von morgen zu bewältigen. Die Gründlichkeit, mit der wir diesen Tatbestand verdrängen, lässt Zweifel aufkommen, ob uns die Zukunft überhaupt interessiert. Miegel ist schließlich nicht der Erste, der uns mit den katastrophenträchtigen Zukunftsprognosen konfrontiert. Die Ergebnisse der Hochrechnungen der Bevölkerungswissenschaftler sind seit Jahren bekannt. Wir wissen, dass in Europa nur Spanien eine noch schwächere Geburtenrate aufweist als die Bundesrepublik (1,2 gegenüber 1,3)³ und dass bei Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung die deutsche Bevölkerung bis zum Jahre 2080 um die Hälfte geschrumpft sein und ihr Medianalter⁴ bereits 2040 bei 50 Jahren liegen wird.⁵ In 40 Jahren kommen in Deutschland auf 100 Erwachsene im Alter zwischen 20 und 59 Jahren nur 33 Jugendliche und Kinder, dagegen 88 Menschen, die älter als 60 Jahre sind. Die Folgen, welche die bevorstehende Bevölkerungsimplosion für jeden Bereich der Gesellschaft und für den Alltag jedes einzelnen Menschen haben wird, können wir uns nicht dramatisch genug vor-

¹ Vgl. Meinhard Miegel, Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin - München 2002²

² Zukunftsfaktor Kinder – für ganztägige Bildung und Betreuung in Deutschland. Die gemeinsame Veranstaltung der EAF und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend findet am 6. und 7. Juni 2002 in Berlin statt – Veranstaltungsort ist die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft.

³ Vgl. Vorreiter Frankreich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 2002, S. 18.

⁴ Während das Durchschnittsalter einer Bevölkerung das arithmetische Mittel der Altersverteilung ausdrückt, bezeichnet das Medianalter das Alter, welches eine Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt.

stellen: Renten- und Steuersysteme werden kippen, infrastrukturelle Grundversorgungen nicht mehr funktionieren, Arbeitskräfte, Wissen und Kapital zur Mangelware werden.

Aus historischen Gründen ist es in Deutschland noch immer schwierig, bevölkerungspolitische Maßnahmen vorbehaltlos zu diskutieren. Hinzu kommt, dass eine politische Kultur, die verantwortliche Politiker dazu verleitet, überwiegend in Vierjahreszyklen zu denken, nicht darauf angelegt ist, mittel- und langfristige Herausforderungen ernsthaft anzunehmen, wenn die Lösungen kurzfristig Kosten verursachen. Doch die bereits heute fest programmierten demografischer Brüche lassen unserer Gesellschaft keine Alternative als die, sich ihren Auswirkungen jetzt zu stellen.

Wenn wir dem gegenwärtigen Trend des Geburtenschwundes entgegensteuern wollen, müssen wir die Hürden beseitigen, die potenzielle Eltern daran hindern, mehr Kinder großzuziehen, bzw. die Hilfen geben, die sie veranlassen könnten, dies doch zu tun. Wir müssen die Regeln und Rahmenbedingungen ändern, die zur Sicherung der Geschlechter- und Generationenfolge Frauen und Männern vor Zeiten bestimmte Rollen auferlegten.

Das in unserer Kultur seit Jahrtausenden geltende Geschlechterarrangement, das die Männer und die Gemeinschaft von der Verantwortung für den gesellschaftlichen Nachwuchs weitgehend entlastet, ist zu einer geradezu lebensbedrohlichen Falle geworden. Viele Faktoren tragen dazu bei, dass das traditionelle Muster zur Regeneration der Gesellschaft, das zwar nicht gerecht war, aber immerhin lange funktioniert hat, den veränderten Bedingungen eines seit dem 20. Jahrhundert wirksamen sozialen Wandels nicht mehr standhalten kann. Es stimmt nicht mehr, „dass Kinder allemal geboren werden“, wie noch Konrad Adenauer meinte, und es führt in eine gesellschaftspolitische Sackgasse, Kinderkriegen und Kindergrößziehen als Privatsache und letztlich als die Angelegenheit nur von Frauen und Müttern zu betrachten. Es ist höchste Zeit, dass wir die gesellschaftliche Verantwortung für Kinder neu bedenken; dass wir die Zeit und die Zuwendung, die sie brauchen und die Betreuung und Bildung, die aus ihnen erst vollwertige Mitglieder der Gesellschaft machen, zwischen Vätern und Müttern und den Einrichtungen der Gesellschaft anders verteilen.

Der geheime Geburtenstreik vor allem der gut ausgebildeten Frauen steht in direktem Bezug zu der Schlusslichtposition⁶ die Deutschland bei der Versorgung der Familien mit ganztägiger Bildung und Betreuung einnimmt. Die Versorgung mit Krippenplätzen in Deutschland ist misera-

⁵ Deutscher Bundestag, Schlussbericht der Enquêtékommision „Demographischer Wandel – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Bundestagsdrucksache 14/88800 vom 28.03.2002, S. 34.

⁶ Vgl. Stefan Sell, Reformbedarf und Reformoptionen im Elementarbereich, in: Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (Hrsg.), Neue Ansätze zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen – von der Objekt- zur Subjektfinanzierung, Dokumentation der Expert(inn)entagung vom 22. November 2001 in Münster, Stuttgart 2002, S. 16-39.

bel.⁷ Ganztagsplätze mit Mittagessenversorgung standen in den alten Bundesländern 1998 nur bei 18,9 % der für Drei- bis Sechsjährige gesetzlich vorgeschriebenen Kindertagesstätten (neue Länder: 97 %) zur Verfügung, und im Jahre 2000 waren nur 4,8 % der Schulen in Deutschland Ganztagschulen und von diesen sind 70 % Sonderschulen.⁸

Wir wissen inzwischen, dass Frauen, denen die Fortsetzung ihrer Erwerbstätigkeit ermöglicht wird, mehr Kinder bekommen.⁹ Wir wissen auch, dass 71 % der deutschen Frauen, die aus familiären Gründen ihre berufliche Tätigkeit eingeschränkt oder aufgegeben haben, bessere Betreuungsmöglichkeiten wünschen, um überhaupt wieder oder mehr arbeiten zu können.¹⁰ Das Beispiel, Frankreichs zeigt, dass es durchaus möglich ist, dass Mütter mit hoher beruflicher Qualifikation trotz Kleinkindern ihre berufliche Karriere fortsetzen.¹¹

Nicht alle der Faktoren, die bei dem weltweit zu beobachtenden Rückgang der Geburtenzahlen eine Rolle spielen, sind so gut beeinflussbar wie – das lehren uns die europäischen Vergleichszahlen der Kernfaktor „Kinderbetreuung“. Die Versorgung unseres Landes mit einem zumindest bedarfsgerechten Angebot an ganztägigen Krippen, Kindertagesstätten und Schulen ist die derzeitig einzig wirksame Möglichkeit, mehr Frauen zu veranlassen, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen; sie würde darüber hinaus Lösungen für eine ganze Reihe anderer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme bieten:

1. Die längst überfällige Einlösung des Auftrages des Grundgesetzes (GG Art. 3, 2) und der Verpflichtungen, die Deutschland aus der 1985 erfolgten Ratifizierung des Menschenrechtsabkommens „Zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“ eingegangen ist, würden in einem der wichtigsten Punkte erfüllt.¹²
2. Der Arbeitskräftemangel insbesondere an qualifizierten Arbeitskräften, der schon heute für den Standortfaktor Deutschland höchst bedenklich ist und angesichts der bevorstehenden Bevölkerungsentwicklung dramatische Ausmaße annehmen wird, würde durch die Einbeziehung qualifizierter Frauen ins berufliche Leben spürbar geringer.

⁷ Die Krippen-Betreuungsquote der Kinder bis zu drei Jahren lag 1998 in Deutschland bei 7 % (in den Ländern der alten Bundesrepublik nur bei 2, 8 %), in den Ländern Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Niederlande und Schweden zwischen 30 % und 75 %. Vgl. Starting Strong: Early (Childhood Education and Care. OECD 2001, S. 185 ff.

⁸ Vgl. St. Seil (Anm. 6), S. 25

⁹ Vgl. ebd., S. 20.

¹⁰ Vgl. Perspektive Deutschland, Eine Initiative von McKinsey, www.stern.de und T-Online, www.Perspektive-Deutschland.de vom 5. Mai 2002.

¹¹ Den Franzosen ist es durch eine überzeugende Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelungen, ihre Geburtenrate auf den europäischen Höchststand von 1,9 zu bringen. Nahezu 70 % der hoch qualifizierten französischen Mütter von Kleinkindern behalten ihre Ganztagsberufstätigkeit bei – in Deutschland tun dies nur knapp über 30 %. Vgl. Starting Strong (Anm. 7), S. 31.

¹² Art. 11 (2c) des Vertrages verpflichtet die Vertragsstaaten darauf, unterstützende Dienstleistungen bereitzustellen, die Eltern eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

3. Als Wirkung einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen kann mit einer wirksamen Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Dienstleistungssektor und bei Geringqualifizierten gerechnet werden.¹³

II. Ist die Bundesrepublik reformfähig?

Bereits Anfang der Siebzigerjahre hatte sich Hildegard Hamm-Brücher, eine der bedeutendsten deutschen Bildungspolitikern, diese Frage gestellt und an die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes bei der Realisierung der schon damals überfälligen Reformen im Bildungsbereich appelliert.¹⁴ Schon damals stellten Korporatismus und Föderalismus – das „multi-actor-System“¹⁵ der politischen Entscheidungskultur in Deutschland – das größte Problem dar, wenn es darum ging, grundlegende Reformen umzusetzen. Doch ist die Chance, dass es heute gelingt, lebensnotwendige Veränderungen im Bildungsbereich durchzusetzen, vor dem Hintergrund der internationalen Vergleichsdaten (PISA), der überdeutlichen Bekundungen der deutschen Wirtschaft und der tragischen Folgen pädagogischen Versagens in Erfurt nicht unerheblich gestiegen.

Die Zuständigkeit für Schule und Jugend liegt dem Grundgesetz zufolge zunächst bei den Ländern. Glücklicherweise ist die Frage der Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern inzwischen zum Thema bei Politikern, Wissenschaftlern und Staatsrechtlern¹⁶ geworden, und glücklicherweise gibt es ein verfassungsmäßiges Recht bzw. die Pflicht des Bundes, bei der Erfüllung von Aufgaben mitzuwirken, die „für die Gesamtheit bedeutsam“ (Art. 91 a GG), „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erforderlich“ oder zur „Förderung des wirtschaftlichen Wachstums“ nötig sind (Art. 104a GG).¹⁷

Ein bedenkenswertes Beispiel bietet uns die kleine Schweiz, welche die gleichen Bevölkerungsprobleme und die gleiche föderale Zuständigkeitsstruktur hat wie die Bundesrepublik. Nach zehn Jahren unermüdlicher öffentlicher Diskussions- und Aufklärungsarbeit hat das Schweizer Parlament, der Nationalrat, am 17. April dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, das den Bund verpflichtet, über einen Zeitraum von zehn Jahren einen Betrag von jährlich 100

¹³ „Die Bedingungen, die hoch qualifizierte Frauen davon abhalten, professionelle Karrieren zu beginnen und kontinuierlich zu verfolgen, stellen das Haupthindernis gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Dienstleistungsanbieter ... dar. Diese Bedingungen erklären auch die sehr geringe Geburtenraten und die demographischen Ungleichgewichte, die den 'Generationenvertrag' mancher Länder bedrohen“, Ilse R. Schur, Expansion des Arbeitsmarktes für Geringqualifizierte – Haushaltsdienste für jedermann. Unveröffentlichtes Manuskript. April 2002. S. 3; vgl. auch Martin Baethge, Strukturwandel und Zukunft der Erwerbsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse, unveröffentlichtes Manuskript, Hannover 2001, S. 2, sowie Fritz W. Scharpf/Vivian Schmidt (Hrsg.), Welfare and Work in the Open Economy, 2 Bände, Oxford 2002, insbes. Bd. 1. S. 314/15.

¹⁴ Hildegard Hamm-Brücher, Unfähig zur Reform? Kritik und Initiative zur Bildungspolitik, Apell, Münster 1972.

¹⁵ Vivian Schmidt, in: F W. Scharpf/V. Schmidt 8Anm. 13), S. 274 ff.

¹⁶ Vgl. Hans-Wolfgang Arndt/Ernst Benda/Klaus von Dohnanyi/Hans-Peter Schneider/Rita Süssmuth/Werner Weidenfeld (Hrsg.), Neuordnung zwischen Bund und Gliedstaaten, Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern, Gütersloh 2001.

Millionen SF Beihilfe an schulische und vorschulische Einrichtungen (insbesondere an Krippen) zu vergeben, welche ganztägige Bildung und Betreuung anbieten wollen. In den ersten vier Jahren der Laufzeit des Förderprogramms sollen zusätzlich 400 Millionen SF Darlehen gewährt werden. Über weitere Darlehen wird später entschieden. Für zwei Drittel der erforderlichen Zusatzmittel müssen die pädagogischen Einrichtungen mit Hilfe anderer Zuwendungsgeber selbst aufkommen. Um Verwaltungskosten gering zu halten, werden die Gelder von einer Bundesbehörde verwaltet und direkt an die beantragenden Schulen oder Einrichtungen ausbezahlt, wobei die Kantone nur gehört werden sollen.

Dieses in der Parlamentarischen Initiative „Anstoßfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze“ vom 27. März 2002¹⁸ vorgesehene und am 17. April vom Schweizer Nationalrat verabschiedete Vorgehen des Bundes und die Auflagen, die den Einrichtungen gemacht werden, sind hervorragend geeignet, durch Bündnisse vor Ort auch andere Akteure – Eltern, Unternehmen, die Gemeinden, Kirchen und Organisationen der Jugendhilfe – in die Verantwortung für dieses lebenswichtige Jahrhundertprojekt einzubinden.

Ein der deutschen Bevölkerungszahl entsprechender Finanzausschuss wurde pro Jahr 783,2 Millionen Euro betragen, insgesamt über zehn Jahre verteilt also 7,8 Milliarden Euro plus in den ersten vier Jahren 33,133 Milliarden Euro Darlehen. Das ist viel Geld und ist dennoch wenig angesichts der unkalkulierbaren Kosten, die drohen, wenn es nicht angelegt wird. Auch könnten die staatlichen Zusatzkosten durchaus auf vertretbarem Niveau gehalten werden: durch weitsichtige Investitionen in Kinder statt in kinderlose Ehen¹⁹ und durch die Förderung von Infrastruktur, die allen zugute kommt und die über Elternbeiträge dennoch sozial differenzieren kann, anstatt die verfügbaren Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip an alle zu verteilen. Berechnungen mehrerer wissenschaftlicher Einrichtungen belegen im Übrigen, dass sich Investitionen in Ganztagsbildung und -betreuung durch Mehreinnahmen an Steuergeldern und durch die Einsparung u. a. von Sozialhilfeausgaben in kürzester Zeit amortisieren. Mittel- und langfristig bringen sie den öffentlichen Kassen sogar nicht unerhebliche Gewinne ein.²⁰

III. Eine Zukunft für unsere Kinder

Dass der bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsplätzen in Krippen und Tagesstätten nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Arbeitsmarkt und für die Gleichstellung der Geschlechter von zentraler Bedeutung ist, hat sich inzwischen bei den gesellschaft-

¹⁸ Vgl. www.parlament.ch/D/Kinderbetreuung_d.htm. vom Mai 2002.

¹⁹ Über die Notwendigkeit der Abschaffung des Ehegattensplittings-, der in Europa einzigartigen Steuerprivilegierung deutscher Ehemänner, sind sich inzwischen zumindest die Frauen aller Parteien einig.

²⁰ Eine Untersuchung des Kosten-Verhältnisses der Ausgaben für Kinderbetreuung im Kanton Zürich durch das Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien hat ergeben, dass aus volkswirtschaftlicher Sicht ... pro Franken, der in Kindertagesstätten investiert wird, gesamthaft wieder rund vier Franken an die

lichen Akteuren herumgesprochen.²¹ Auch die vielfältigen bildungspolitischen Mängel, die jetzt durch die PISA-Studie deutlich sichtbar wurden, haben die Erkenntnis gestärkt, dass mehr und bessere Bildung in erster Linie eine andere Art von Schule, eine andere Vorbereitung auf die Schule und vor allem viel mehr Zeit und Aufmerksamkeit für Kinder und Schüler voraussetzt. Natürlich gibt es auch in Deutschland gute Schulen und hervorragende Pädagogen. Doch die Zwänge des Bildungssystems, denen sie unterliegen, tun das ihre. Den eigentlichen Skandal der Tragödie von Erfurt sieht Roger Boyes – ein wohlwollend kritischer Beobachter des Lebens in der Bundesrepublik – in den Kommunikationsblockaden zwischen allen Beteiligten.²² Das Blutbad von Erfurt sagt weit mehr über die deutsche Schulwirklichkeit aus, als Lehrer, Politiker und Eltern wahrhaben wollen", lesen wir in der ZEIT – wird doch mit Bezug auf PISA schon wieder nach mehr Leistung, nach besserer Selektion und nach strengeren Zensuren gerufen. Es scheint beinahe so, als hätte Erfurt kommen müssen, um die auf den PISA-Schock erfolgten Reaktionen vor einer so fehlgehenden Zielrichtung abzuhalten. Leistung kann nur in einem menschenfreundlichen, in einem anregenden und sozialverträglichen Lernklima entstehen – und vor allem: Leistung ist nicht alles. So wie vorschulische Einrichtungen ihre Kinder auf die Schule vorbereiten müssen, so muss die Schule ihren Schülern dazu verhelfen, mit ihren je eigenen Fähigkeiten ihr Leben meistern zu können. Und dafür zählen keinesfalls nur Punkte in Leistungskursen. Dazu gehören Respekt und Akzeptanz für Unterschiede, auch für Verlierer und Versager, dazu braucht man Zeit für Zuwendung, Gespräche und gemeinsame Freizeitaktivitäten, kurz: eine „Kultur des Hinschauens“. Schule braucht einen sinnvollen Rhythmus von Lernen, Entspannung, Hobby und wieder Lernen, der in der gedrängten Halbtagschule von heute, die fast notwendigerweise zur Paukschule verkommen muss, nicht möglich ist. Die Länder, die als PISA-Sieger in die Bildungsgeschichte eingehen werden, haben nicht umsonst die Ganztagschule als Regelschule eingeführt – die meisten von ihnen im Übrigen auch die Gesamtschule. In den meisten europäischen Ländern und in den USA sind außerdem Schulpsychologen und qualifizierte pädagogische Berater bei allen wichtigen Entscheidungen, die Schüler und Schülerinnen betreffen, mit einbezogen. In Schweden erhalten Schulleiter und Klassenlehrer eine spezielle Zusatzausbildung, die sie als Organisationsexperten und Manager, aber auch als professionell geschulte Menschenführer qualifiziert. Für die Beurteilung und die Entwicklungsschritte der Schüler und Schülerinnen sind dort regelmäßige Informations- und Beratungsgespräche zwischen Schülern, Klassenlehrern und Eltern von weitaus größerer Bedeutung als Zensuren und Schulnoten.

Gesellschaft ... (zurückfließen)". Karin Müller Kucera/Tobias Müller, Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertagesstätten, Edition Sozialpolitik Nr. 5, Bern 2001.

²¹ Vgl. u. a. die Veröffentlichung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA, vom Februar 2002: Standortfaktor Schule.

²² Roger Boyes. Eine wahre deutsche Tragödie, in: der Tagesspiegel vom 4. Mai 2002, S. 6. Vgl. auch Sabine Etzold/Reinhard Kahl/Ulrich Schnabel/Martin Spiewak/Astrid Viciano, Zwischen Erfurt und PISA, in: DIE ZEIT vom 2. Mai S. 31

Die Lebensumstände von Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert. Die Instabilität, Mobilität und die Diskontinuität der Familien hat sich, wie auch die Zahl der allein erziehenden Eltern, in nie da gewesener Weise erhöht. Armut, Migration und Berufstätigkeit der Mütter bestimmen für viele Kinder den Alltag schon im Kleinkindalter, Mütter und Eltern sind aus welchen Gründen auch immer – ihren erzieherischen Aufgaben oftmals nicht gewachsen. Wenn sich die Schule und die vorschulische Bildung und Erziehung ändern muss, dann gerade auch für die Kinder aus allen Schichten, die zuhause nicht das Maß an Förderung und Zuwendung bekommen können, das sie für eine positive menschliche Entwicklung brauchen.

Zur Sicherung der Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir mehr Kinder und folglich mehr Ganztageseinrichtungen. Die Kinder aber brauchen mehr Zeit, mehr Zuwendung und mehr kindgerechte Bildung und Betreuung – deswegen mehr und bessere Ganztagschulen sowie Ganztagskindergärten.

Verfasserin: Dr Barbara Schaeffer-Hagel, Professorin

Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie

für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e. V.

Schumannstraße 5, 10117 Berlin

E-Mail. schaeffer-hegel@eaf-berlin.de